

Berlin Brief

VON JOSIP JURATOVIC,
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



AUSGABE 154, 11. APRIL 2014

Bürgerbüro Josip Juratovic
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
07131/783616
josip.juratovic@bundestag.de
www.juratovic.de
www.facebook.com/josipjuratovic

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

der Bundestag hat sich in dieser Woche dem **Haushalt 2014** gewidmet. Darin schlägt sich positiv nieder, wofür wir als SPD uns in der letzten Großen Koalition eingesetzt haben. Die Schuldenbremse steht im Grundgesetz und wird eingehalten. So können wir heute und auch künftige Generationen sinnvoll Politik gestalten. Beides sind Kernanliegen der Sozialdemokratie. Es ist ein gutes Ergebnis, dass der Haushalt in diesem Jahr bereits als strukturell ausgeglichen bezeichnet werden kann. Für das nächste Jahr planen wir, vollständig ohne neue Schulden auszukommen. Dies muss unser Ziel sein, denn Zinszahlungen verengen unseren politischen Gestaltungsspielraum seit Jahren. Trotz eines historisch niedrigen Zinsniveaus hat allein der Bund 2013 rund 12 Prozent seiner Steuereinnahmen für Zinsen aufbringen müssen. Das ist viel Geld, das an anderen Stellen für wichtige Investitionen fehlt. Zudem darf man nicht vergessen: Zinszahlungen des Staates sind eine Umverteilung vom einfachen Steuerzahler hin zum Kapitalanleger. Ehrlichkeitshalber will ich aber schon jetzt auf eines hinweisen: Einen ausgeglichenen Haushalt können wir nur erreichen, wenn wir Steuern für Reiche und Spekulanten erhöhen. Schon aufgrund der

**EIN AUSZUG AUS MEINEM
TERMINKALENDER – ICH
FREUE MICH, SIE ZU TREFFEN:**

Bürgersprechstunde

*Do, 24.4., 14 – 18 Uhr, Heilbronn,
Bürgerbüro, Untere Neckarstraße
50, bitte vorherige Anmeldung
unter
josip.juratovic@wk.bundestag.de*

*P.S.: Berlin-Brief abonnieren?
Mail an
josip.juratovic@bundestag.de!*

Inflation steigen die Ausgaben des Staates. Um gleichzeitig Schulden abzubauen, muss die Einnahmenseite anwachsen!

In meiner Funktion als Integrationsbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion hatte ich am Montag die Gelegenheit, bei der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Experten aus der Wissenschaft unterschiedliche **Konzepte von Staatsbürgerschaft** in Europa zu diskutieren. Angesichts unserer aktuellen Auseinandersetzungen um das Optionsmodell in Deutschland war dieser Abend interessant und notwendig. Ich konnte in einer qualifizierten Zuhörerrunde deutlich machen, dass in der Politik nicht immer die reine Lehre zählt, sondern konkrete Schritte nach vorn. Als Integrationsbeauftragter der SPD-Fraktion stehe ich für die Anerkennung der Mehrstaatlichkeit. Menschen, die jahrzehntelang bei uns leben und unsere Gesellschaft bereichern, sollten die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, ohne ihre Herkunft verleugnen zu müssen. Unsere Koalitionspartner sind leider noch nicht so weit. Deswegen ist der aktuelle Kompromiss ein guter Schritt auf dem Weg zur vollständigen Akzeptanz.

Im Kabinett hat Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel am Dienstag seine Novelle **des Erneuerbare-Energien-Gesetzes** vorgestellt. Für die Verbraucher ist entscheidend: Die finanzielle Förderung der erneuerbaren Energien wird spätestens 2017 wettbewerbsfähig über technologiespezifische Ausschreibungen ermittelt. Die Integration der erneuerbaren Energien in den Strommarkt wird vorangetrieben, in dem die Direktvermarktung grundsätzlich verpflichtend wird. Gleichzeitig wird der Kostenanstieg beim Ausbau durchbrochen. Noch nicht im Gesetzentwurf enthalten ist die weitestgehende Befreiung von der EEG-Umlage für besonders energieintensive Unternehmen. Die von Sigmar Gabriel vorgestellte EU-konforme Lösung sieht vor, dass stromintensive Unternehmen aus Gründen der Beschäftigungssicherung unter bestimmten Voraussetzungen auch künftig begünstigt werden. Die Zahl der Unternehmen und der Vergünstigungsumfang werden auf jeden Fall sinken. Nun ist das Parlament gefragt.

In dieser Woche tagte auch die **Parlamentarische Versammlung des Europarats**. Heute Vormittag habe ich im Straßburger Plenum zum **Recht von Flüchtlingen auf Arbeit** gesprochen. Ich habe auf der internationalen Bühne deutlich gemacht, dass es niemandem etwas bringt, wenn Flüchtlinge vom Arbeitsmarkt fern gehalten werden. Arbeit ist Sinnstiftung. Wenn Menschen de facto in einem Land leben, sollen sie aus meiner Sicht auch die Möglichkeit haben, ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Hierbei müssen wir sie unterstützen: ohne Sprachkenntnisse und die Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen sind die Chancen auf unseren Arbeitsmärkten gering. Ich weiß, dass diese Diskussion angesichts von drei Millionen Arbeitslosen in Deutschland auf dünnem Eis geführt wird. Nichtsdestotrotz stehe ich dafür ein: das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht!

Kommende Woche ist keine Sitzungswoche. Daher wünsche ich schon jetzt: Frohe Ostern!

Mit freundlichen Grüßen

